

Apropos: Die Schwindeleien von Bush, Blair, Couchevin – und die Internationale der Abzocker

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir uns aktiv darum bemühen – wie in dieser Kolumne seit über einem Jahr vielfältig dargelegt worden ist. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien oder Behörden (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

Die Welt bewusst belogen

Insbesondere wurde detailliert belegt, wie der amerikanische Präsident George W. Bush und der englische Premierminister Tony Blair die ganze Weltöffentlichkeit hinters Licht geführt haben, um den Krieg gegen den Irak führen zu können. Nun wurde der erste regierungsinterne Beleg dafür publiziert, dass Bush und Blair die Welt *vorsätzlich belogen* haben: «Saddam musste weg: Diesem Ziel ordneten die Regierungen in Washington und London alles unter, auch die Wahrheit. Sie frisierten Geheimdienst-Informationen ...»¹ Die Bush-Regierung hatte schon vor den Anschlägen in New York und Virginia einen Angriff auf den Irak erwogen. Sechs Wochen nach dem 11. September beauftragte der Präsident seinen Verteidigungsminister Rumsfeld mit konkreten Planungen. Dann fiel die Entscheidung für den Krieg. Nun musste eine Rechtfertigung dafür gefunden werden. Darum beorderte Blair am 23. Juli 2002 sicherheitspolitische Experten in die Downing Street 10 in London, Außen- und Verteidigungsminister, Kronanwalt, Sicherheitsberater und die Chefs von Armee und Geheimdienst. Sie besprachen die Strategie für den Kampf gegen Saddam Hussein. Das geheime Protokoll dieses Treffens wurde nun veröffentlicht: Am 1. Mai – unmittelbar vor der Wahl in Großbritannien – praktisch ohne Reaktion in der *Sunday Times* und jetzt in den USA².

«Wir schaffen unsere eigene Wirklichkeit»

Richard Dearlove, der Chef des britischen Auslandsnachrichtendienstes MI6, erklärte an der Sitzung: «Bush will Saddam weghaben, mit militärischen Mitteln, begründet durch die Verknüpfung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. Aber die Geheimdienst-Erkenntnisse und die Fakten werden so zurechtgebogen, dass sie zur politischen Strategie passen. Der Nationale Sicherheitsrat (der USA) hat keine Geduld mit dem UN-Weg...» Der britische Außenminister Jack Straw verwies auf die «dünne Beweislage»: «Saddam bedroht seine Nachbarn nicht, und er hat weniger Massenvernich-

tungswaffen als Libyen, Nordkorea und Iran.» Er schlug deshalb vor, Saddam ein Ultimatum zu stellen, er müsse die UN-Waffeninspektoren wieder ins Land lassen. Hussein lieferte aber den erhofften Kriegsgrund nicht, er ließ die Inspektoren ins Land... Nun wurde mit allen Mitteln getrickst. Es ging – wie Bushs Stabschef Andrew Card später in der *New York Times* einräumte – nur noch darum, das «Produkt Irak-Krieg zu verkaufen». Mark Danner, der das Protokoll jetzt in den USA veröffentlichte², zitiert am Schluss seiner Analyse einen «hochrangigen Berater» Bushs: «Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Wirklichkeit.»

Ein Versprechen und die Folgen

Solche Vorgänge gibt es nicht nur in den USA und Großbritannien, sondern auch andernorts – z.B. auch in der Schweiz, wie Unterlagen zeigen, die auf meinen Schreibtisch «geflattert» sind. Auch wenn man einräumen muss, dass die Dimension eine andere ist, weil es nicht unmittelbar um Krieg und Frieden geht.

Vor etwa zehn Jahren hätte in der Schweiz ein neues Krankenversicherungsgesetz in Kraft treten sollen. Um das zu verhindern, hat das «Forum Freiheit im Gesundheitswesen FFG» (heute «ffg forum für ganzheitsmedizin») mit 58 000 Unterschriften erfolgreich das Referendum dagegen ergriffen, das heißt eine Volksabstimmung erzwungen. Als die schweizerische Regierung im Abstimmungskampf von 1994 merkte, dass die Sache eng werden könnte, versprach die damalige Innenministerin, Bundesrätin Ruth Dreifuss, der Komplementärmedizin «einen fairen Platz in der Grundversicherung», wenn das Gesetz angenommen würde. Sie hatte damit Erfolg (viele ursprüngliche Gegner ließen sich so zu einem Ja bewegen) und löste ihr Versprechen 1999 ein, indem fünf komplementärmedizinische Methoden (klassische Homöopathie, anthroposophische Medizin, Phytotherapie, Neuraltherapie und Traditionelle Chinesische Medizin) provisorisch (für sechs Jahre) in die Grundversicherung aufgenommen wurden. Bedingung war, dass die Methoden von «approbierten Ärzten» (also von «Schulmedizinern») mit entsprechender Weiterbildung (Fähigkeitsausweis der offiziellen Ärzteorganisation) angewendet werden. Zudem wurde eine begleitende Evaluation beschlossen, die den «Nachweis der Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaft-

lichkeit» zu führen hat: das «Programm Evaluation Komplementärmedizin (PEK)». In einem mehrjährigen Prozess haben dabei Schulmediziner mit Komplementärmedizin-Zusatzausbildung und Nur-Schulmediziner «mühsam» – wie sich einer der Beteiligten in einer Züricher Tageszeitung erinnert – einen Konsens gesucht und auch erreicht: «Es ist ein guter Dialog zu Stande gekommen, wir haben gut zusammengearbeitet.»³ In diese gute Zusammenarbeit einbezogen war auch das dem Innenministerium unterstellte Bundesamt für Gesundheit.

Mit absurder Begründung brutal beendet

Diese Zusammenarbeit, die teilweise weltweit einzigartiges Material zutage gefördert hat, wurde vom seit 2003 neuen schweizerischen Gesundheitsminister, Bundesrat Pascal Couchepin, brutal beendet. Er musste bis Mitte 2005 entscheiden, ob die fünf Methoden definitiv in der (obligatorischen) Grundversicherung verbleiben sollen. Nun hat er vorzeitig beschlossen, sie rauszuschmeißen: Vor den Medien erklärte er, er müsse sich ans Gesetz halten, das verlange, dass die Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Behandlungen wissenschaftlich nachgewiesen sein müssen; wie ihm seine Experten gezeigt hätten, seien diese Kriterien bei allen fünf diskutierten Methoden nicht erfüllt. Peinlich nur, dass man dann aus aufmerksamen Medien erfahren konnte, dass diese Experten im PEK-Schlussbericht ausdrücklich empfohlen hatten, «die Phytotherapie, die anthroposophische Medizin und die Homöopathie sollten definitiv in der Grundversicherung bleiben»⁴. Dieser Antrag wurde erst nach einer Intervention des Ministers wieder gestrichen, der geltend machte, es sei nicht Expertenaufgabe, «den Entscheidungsspielraum der zuständigen Behörden durch konkrete Empfehlungen einzuschränken»⁴. Das ist eine absurde Begründung, die eine mehrfache Unwahrheit und einen Betrug bemänteln soll. Betrogen werden all jene Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich vom Versprechen des Bundesrates, die Komplementärmedizin in die Grundversicherung aufzunehmen, dazu bewegen ließen, dem Krankenversicherungsgesetz doch noch zuzustimmen. Konsequenterweise müsste diese Abstimmung jetzt wiederholt werden ... Zudem belegt auch der Expertenbericht: «Eine große Mehrheit (85%) der Bevölkerung wünscht, dass komplementäre Verfahren durch die Grundversicherung der Krankenkassen übernommen wird.»⁵

Bei der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit machen die Experten zwar gewisse Einschränkungen, aber bei den drei erwähnten Methoden fällt das Urteil doch positiv aus. Das vorliegende Material für die anthroposo-

phische Medizin zeigt eine «zufriedenstellende Indizienlage für Wirksamkeit und Nutzen der Patienten»⁵. Allerdings verfügt sie «über keine ausreichende Zahl kontrolliert randomisierter Studien im Vergleich zur konventionellen Medizin» – wobei der Hauptgrund dafür in der ganzen Studie nirgends angegeben wird: Anthroposophische Ärzte halten es für ethisch problematisch, z.B. einem Krebspatienten statt ein – wie sie aus Erfahrung wissen – wirksames bewusst ein unwirksames Medikament zu geben und ihn so auf dem Altar der Wissenschaft zu opfern. Die Homöopathie wird in der Schweiz breit genutzt (negative und positive Studien); für sie gibt es «oft gar keine Alternativen» oder nur konventionelle Medikamente mit hohem Nebenwirkungsrisiko. «Aus konventioneller, naturwissenschaftlicher Sicht gibt es für die Homöopathie keinen plausiblen Wirkungsmechanismus» – was aber nicht als Beweis für Unwirksamkeit angesehen werden könne⁵. Bei der Phytotherapie ist die Studienlage «eindeutig am besten» – der Grund: das «Interesse der Herstellerindustrie». Bei der Wirtschaftlichkeit gibt es Indizien, dass die Komplementärmedizin günstiger ist als die konventionelle. Nicht im Bericht steht, dass das Ministerium dem zugezogenen Gesundheitsökonom verboten hat, seine Studie zur Wirtschaftlichkeit zu Ende zu führen; zudem hätte er die Daten löschen müssen (was er nicht tat, er deponierte seinen Computer bei einem Anwalt). In einer Sendung des Schweizer Fernsehens konnte er darlegen, dass seine Arbeit zeige, dass die Komplementärmedizin *wesentlich* billiger zu stehen komme als die konventionelle. Offenbar musste verhindert werden, dass diese Erkenntnis hieb- und stichfest in den PEK-Schlussbericht einfließen konnte.

Aufschlussreich ist auch der Hinweis von Bundesrat Couchepin auf die «Eidgenössische Kommission für allgemeine Leistungen». Die «große Mehrheit» dieses beratenden Gremiums, das von Vertretern der konventionellen Ärzte, Spitäler und Krankenkassen beherrscht wird, habe sich gegen den Verbleib der fünf Heilmethoden in der Grundversicherung ausgesprochen. Die Kommission habe den PEK-Bericht «intensiv diskutiert»; allerdings ohne den Bericht, sie sei nur mündlich informiert worden⁴. Da das Urteil ja schon lange feststand, kann man sich leicht ausmalen, wie diese «Information» ausfiel – vor allem wenn es auch darum geht, eigene Pfründen zu verteidigen ... Allerdings dürften diese Herrschaften ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben: Die Patienten der Komplementärmediziner haben im Durchschnitt eine höhere Schulbildung als die der (Nur-)Schulmediziner⁵, sie werden sich deshalb schon zu wehren wissen.

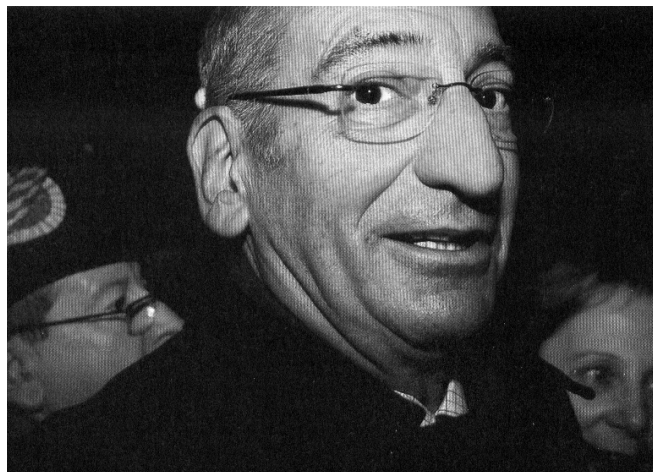
Skandalöse Studie gegen die Homöopathie

Aber ein besonderer Skandal an dieser Geschichte, der offenbar auch von den Medienleuten nicht bemerkt worden ist, ist folgender: Fürs PEK wurden vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern sogenannte «Meta-Analysen» (integrierende statistische Auswertung, bei der die Ergebnisse mehrerer Studien in einer einzigen Zahl zusammengefasst werden) der placebo-kontrollierten Studien in der Homöopathie, der Phytotherapie und der traditionellen chinesischen Medizin durchgeführt. In den Analysen wurde untersucht, ob «Evidenz aus klinischen Studien vorliegt, dass die jeweiligen Therapien klinische Wirksamkeit über Placebo hinaus besitzen». Ergebnis war, «dass die klinischen Effekte der Homöopathie im Gegensatz zu den Effekten der konventionellen Medizin unspezifische Placebo- oder Kontexteffekte seien»⁵, dass also – wissenschaftlich gesehen – die Homöopathie unwirksam sei. Der Leiter dieser Meta-Analysen, Prof. Dr. M. Egger, hat schon früh in der «Regentschaft» Couchepin begonnen, überall herumzuposaunen, Homöopathie sei wissenschaftlich unwirksam – obwohl vereinbart worden war, dass Studienergebnisse erst am Schluss des PEK veröffentlicht werden dürfen. Umso erstaunter ist man, wenn man im PEK-Schlussbericht nun die Bewertung von Prof. Eggers Arbeit durch die fünf Experten liest. Zunächst wird zwar ein großes Lob verteilt: «Die technische Qualität der drei Meta-Analysen wird als sehr hoch eingeschätzt.» Doch dann heißt es: «In Bezug auf die Frage der Wirksamkeit ist das methodische Vorgehen jedoch problematisch», weil nicht klar sei, ob da – populär ausgedrückt – Äpfel mit Birnen verglichen wurden. Dann wird zwar zugestanden, dass aufgrund dieser Studien «eine Wirksamkeit der Homöopathie nicht als sicher belegt angesehen werden kann», aber gleichzeitig auch betont, dass der Umkehrschluss (Homöopathie sei unwirksam) *nicht* zulässig sei (die Folgerung, «dass die klinischen Effekte der Homöopathie Placeboeffekte seien ..., erscheint dem Bewertungsausschuss zu weitgehend»⁵). Weniger höflich ausgedrückt: Es ist wissenschaftlich *nicht* nachgewiesen, dass Homöopathie unwirksam sei. Dies gilt umso mehr, als andere (wissenschaftliche) Studien eine Wirksamkeit durchaus belegen. Auf diesem Hintergrund ist es ein großer Skandal, dass Prof. Egger – entgegen den Vereinbarungen und ungehindert vom Gesundheitsminister – monatelang öffentlich sein offensichtliches Vorurteil als wissenschaftlich belegt breitschlagen durfte, während andere, die sich von einem gewissen Moment an dagegen zu wehren versuchten, von Couchepins Adlaten unter Strafandrohung zurückgepfiffen wurden.

Die Schlaumeierei des Herrn Couchepin

Diese Vorgänge sind auch ein Beweis dafür, dass die Angelegenheit vom schweizerischen Innenminister längst entschieden worden war und der ganze PEK-Prozess nur noch versteckende Staffage war. Wirtschaftlich ist sie eine Schlaumeierei. Herr Couchepin steht unter dem enormen Druck der in den letzten Jahren ständig gestiegenen Kopfprämien der Krankenversicherung (fünf Prozent und mehr pro Jahr). Die Streichung der Komplementärmedizin aus der Grundversicherung spart etwa ein Promille der Gesamtausgaben – auf dem Papier. Denn durch diesen Federstrich werden die Patienten ja nicht einfach gesund ... Die Komplementärmediziner, um die es hier geht, sind alle auch Schulmediziner; wenn sie nun ihre Patienten einfach nur noch schulmedizinisch behandeln, ist anzunehmen, dass es nicht nur keine Einsparung gibt, sondern dass die Kosten sich etwa verdoppeln werden, da die Schulmedizin entschieden teurer ist. Der schweizerische Gesundheitsminister spekuliert nun aber darauf, dass die Patienten auf «ihre» Komplementärmedizin nicht verzichten werden (auch wenn sie angeblich nicht wirkt ...), sondern eine Zusatzversicherung abschließen, die bis zu 15 Franken im Monat kosten soll. So würden die Krankenkassen nicht nur (ein bisschen) sparen, sondern den gleichen Betrag gleich noch einmal einnehmen!

Dieses Vorgehen ist erstens unverschämt: in eine (obligatorische) Grundversicherung gehört auch die einfache Grundversorgung; Zusatzversicherungen können ja für jene Luxusbereiche angeboten werden, die äußerst problematisch sind; z.B. alle jene Transplantationen, bei denen – was die meisten Nichtärzte nicht wissen – der «Spender» umgebracht werden muss (Herz, Lunge, Gesicht). Wenn der Tod real eintritt, beginnt sofort der Verwesungsprozess und die Organe können nicht mehr transplantiert werden. Deshalb hat man das Stadium des «Hirntodes» zum eigentlichen Tod erklärt, weil man so



Bundesrat Pascal Couchepin

die Organe noch lebend entnehmen kann. Das Problem ist nur: Wissenschaftlich dabei ist nur die «technische» Seite. Ethisch-medizinisch beruht das Vorgehen auf einem *Glauben* – dem Glauben nämlich, dass der Sterbende eben tot sei, in Bälde zu Staub zerfällt und von der Entnahme seiner Organe nicht mehr berührt wird. *Wissen* können das diese Ärzte nämlich nicht. Gewiss, der Körper des Sterbenden zerfällt zu Staub. Aber was mit seinem Ich, das nicht als identisch mit seinem Körper gedacht werden kann, geschieht, ist – mit den üblichen Fähigkeiten – nicht ohne weiteres beobachtbar. Solche Transplantations-Medizin ist deshalb eigentliche Voodoo-Medizin: Diese Ärzte wissen nicht (wirklich), was sie tun. Das gehört deshalb auch nicht in eine obligatorische Grundversicherung. Da solche Transplantationen auch unverhältnismäßig teuer sind, liegt hier ein großes Sparpotential. (Anders ist die Sache zu beurteilen bei Organen, die mindestens in doppelter Anzahl vorhanden sind [z.B. Niere] und deshalb dem Spender ein Überleben ermöglichen, oder bei Kunstorganen.)

Das Vorgehen des schweizerischen Gesundheitsministers ist zweitens auch unsozial. Eine Zusatzversicherung von z.B. «nur» 15 Franken (ca. zehn Euro) pro Person und Monat summiert sich bei einer fünfköpfigen Familie immerhin auf 900 Franken pro Jahr, die zusätzlich zu den weiterhin um etwa fünf Prozent pro Jahr steigenden Kopfprämien zu bezahlen sein werden – von Kopfprämien, die sich bereits jetzt für eine solche Familie in der Höhe einer Wohnungsmiete (!) bewegen. Als Vater einer solchen Schweizer Familie würde ich mir ernsthaft eine Rebellion überlegen, denn gerade Kindern möchte man doch die Segnungen der «sanften Medizin» ermöglichen, um sie nur soviel Antibiotika und Cortison aussetzen zu müssen, wie unbedingt erforderlich ist.

Ein gutes Geschäft – dank Freund Pascal ...

Aus dem bisher Dargelegten geht klar hervor, dass sachliche Gründe dazu zwingen würden, die Komplementärmedizin in der Grundversicherung zu belassen. Dass Herr Couchepin anders entschieden hat, muss deshalb in seiner Person liegen. Und da wird man leicht fündig: Seit er am ersten Januar 2003 schweizerischer Gesundheitsminister wurde, «feiert der Interventionismus in den Wettbewerb der Krankenkassen Urstände» – wie die Züricher *SonntagsZeitung* beobachtet hat. «Und es gibt klare Hinweise, dass ein Versicherer bei den seither eingeführten Neuregulierungen mehrfach besser gefahren ist als die Konkurrenz: Es ist die Westschweizer Groupe Mutuel, geführt von Couchepins langjährigem Freund Pierre-Marcel Revaz.»⁶ Die Groupe Mutuel ist ursprünglich ein Konglomerat aus 17 kleineren Kassen, doch inzwischen ist sie



Das erste Bilderberg-Treffen 1954 in Oosterbeek (NL).
Auf dem Podium in der Mitte Prinz Bernhard der Niederlande

bereits die drittgrößte Schweizer Krankenkasse ... Laut dem Nachrichtenmagazin *Facts* unterhält sie in Bern eine Lobbygruppe, die «groupe de réflexion», in der prominente Abgeordnete aus verschiedenen Parteien sitzen und pro Sitzung bis zu 10 000 Franken kassieren sollen⁷. Man wird es nicht glauben, aber es ist Tatsache: Nur wenige Tage nach Couchepins Entscheidung, die Komplementärmedizin aus der Grundversicherung zu kippen, hat die Groupe Mutuel – mit offensichtlichem Informationsvorsprung – in der ganzen Schweiz eine millionenteure Inseratenkampagne lanciert, die eine Zusatzversicherung für Komplementärmedizin zum Schleuderpreis anbietet⁸. Auch falls der Preis die Kosten nicht deckt, wird es ein gutes Geschäft, dank Freund Pascal! Denn man kann etwas fürs Image tun und zudem den anderen Krankenkassen die Versicherten abjagen. Wenn man möglichst viele Menschen eingefangen hat, kann man dann immer noch die Prämien erhöhen ...

Bilderberg: Mit der Wahrheit lügen

Wie der schweizerische Innen- und Gesundheitsminister funktioniert, erhellt auch aus dem folgenden Beispiel. Am 19.6.2003 reichte der Schweizer Abgeordnete Ulrich Schlüer eine «Einfache Anfrage» an die Regierung ein, in der er sich nach einer von «ausgeprägter Geheimniskrämerei» begleiteten «so genannten Bilderberg-Konferenz» erkundigte, an der rund 300 Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft teilgenommen hätten. Dabei stellte er sieben Fragen, unter anderem: «Trifft es zu, dass Bundespräsident Pascal Couchepin an der Bilderberg-Konferenz vom 15. bis 18. Mai 2003 in Versailles teilgenommen hat? (...) Wurden vonseiten der Schweiz an dieser Konferenz irgendwelche Vereinbarungen getroffen? (...) Mit welchen Repräsentanten anderer Staaten fanden Treffen von Bundespräsident Couchepin statt? Welches waren die Gesprächs- bzw. Verhandlungsgegenstände? Was verbindet die Schweiz mit dem diese Konferenzen veranstaltenden

Bilderberg-Kreis?» Weiter fragte er nach dem Grund für das «auffällige Bemühen (...) um Geheimhaltung».

Die Schweizer Regierung antwortete am 10.9.2003: «Gemäß ausführlichen Medienmeldungen hat Bundespräsident Pascal Couchepin im Zeitraum vom 15. bis 18. Mai 2003 in Bern am Staatsbesuch des italienischen Präsidenten als Gastgeber teilgenommen, die von Wattenwyl-Gespräche präsiert», usw. «Bundespräsident Pascal Couchepin war es aufgrund dieser Agenda nicht vergrönt, an der Bilderberg-Konferenz teilzunehmen.» «Die Bilderberg-Konferenzen sind ein Podium für den Meinungsaustausch zwischen Regierungsmitgliedern, Diplomaten, Politikern, Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft, Vertretern der Wissenschaft, der Bildung, der Presse und spezialisierten Instituten zu aktuellen, zentralen Themen unterschiedlichster Bereiche. Die Verbindung mit der Schweiz ergibt sich aus persönlichen Einladungen an Schweizer oder Schweizerinnen. (...) Die Zielsetzung der privaten Konferenz ist eine offene und freie Diskussion. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen vertreten ihre eigene Meinung. (...) Aus diesem Grunde verzichten die Veranstalter auf Publizität. (...) Es handelt sich im Übrigen nicht um Verhandlungen, sondern um Diskussionen. Sie ermöglichen und fördern eine Vernetzung auf intellektueller und persönlicher Ebene.»⁹

Was nicht in dieser Antwort steht und was der Fragesteller möglicherweise gerne gewusst hätte: Bundesrat Couchepin war zwar 2003 nicht an der Bilderberg-Konferenz, wohl aber in den Jahren 2001 (24.–27.5. in Stenungsund, Schweden) und 2002 (30.5.–2.6. in Chantilly, Virginia, USA) – wie den offiziellen Teilnehmerlisten zu entnehmen ist¹⁰. Offensichtlich kann man auch mit der Wahrheit lügen. Auch in den Jahren 2004 (3.–6.6. in Stresa, Italien) und 2005 (5.–8.5. in Rottach-Egern, BRD) hat er dieses Netzwerk durchaus gepflegt.

Viel Geld aus den USA

Initiator dieser Konferenzen war der Pole und Jesuit Joseph Retinger, der schon früh eine Europäische Union anstrebte. Zusammen mit Prinz Bernhard der Niederlande organisierte er das erste Treffen im Mai 1954 im Hotel Bilderberg im holländischen Oosterbeek bei Arnheim. Die Konferenz hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Weltpolitik und Weltwirtschaft, da sich hier einflussreiche Politiker, Ökonomen und Diplomaten «vernetzen». Wobei – wie der Soziologieprofessor Hans-Jürgen Krysmanski (Münster, BRD) feststellt – sich um eine Gruppe von «Geldmächtigen», Superreichen, ein «Kreis von Wirtschaftsführern, Managern, Wissenschaftlern, Medienleuten usw.» zentriert. Während vieler Jahre wurde ein großer Teil der Ausgaben vom ame-

rikanischen Geheimdienst CIA, später vom US-Außenministerium finanziert. Lange Zeit spielte auch der nicht unbekannt Henry Kissinger (der noch immer regelmäßig dabei ist) eine große Rolle.

Neben Kissinger, Richard N. Perle (USA), David Rockefeller (USA, Bankier), Alan Greenspan (USA, Notenbankpräsident), Donald H. Rumsfeld (USA, Verteidigungsminister), Georges Soros (USA, Superspekulant), James D. Wolfensohn (USA, Weltbankpräsident), Josef Ackermann (BRD, Aufsichtsratsvorsitzender Deutsche Bank), Richard C. Holbrooke (USA, Vice Chairman Perseus), José M. Durão Barroso (Präsident EU-Kommission), Paul Wolfowitz (USA), usw. usw., konnte Herr Couchepin in diesen Jahren auch immer wieder auf Daniel L. Vasella (CEO und Verwaltungsratspräsident/Aufsichtsratsvorsitzender des Pharmamulti Novartis – auch ein Freund?) und manchmal auch auf Superbanker Marcel Ospel (Verwaltungsratspräsident UBS, CH) treffen, die beide kein Hehl daraus machen, dass sie pro Jahr um die 20 Mio. Franken (ca.13 Mio. Euro) »verdienen«.

Einer «der größten Skandale in der Geschichte der modernen Medizin»

Wenn der Schweizer Gesundheitsminister ernsthaft gegen die ständig steigenden Gesundheitskosten vorgehen wollte, müsste er z.B. die Medikamentenpreise radikal senken, denn in der Schweiz sind sie – verglichen etwa mit Österreich – viel zu hoch. Angesichts des geschilderten Netzwerkes keine leichte Aufgabe ... Man muss sich klar machen, dass es um ein weltweites, teilweise problematisches Zig-Milliarden-Geschäft geht. Allein der im letzten *Europäer* geschilderte relative Leerlauf mit dem Cholesterinsenker-Wirkstoff Atorvastatin (bei 3,2% der Patienten verhindert er – möglicherweise – einen Herzinfarkt, die übrigen 96,8% dürfen sich nur mit den Nebenwirkungen auseinandersetzen) ist über die ganze Welt gesehen mehrere Milliarden wert – und das ist in Bezug auf alle Medikamente ja nur ein kleiner Klacks. Wir leben auch in der Zeit eines «der größten Skandale in der Geschichte der modernen Medizin»¹¹: «Bis zu 140 000 Menschen, so das Ergebnis einer Studie der Food and Drug Administration (FDA) in den USA, könnten durch die Einnahme des Arthritis-Medika-



Die Tagungsorte 2004 und 2005 in Stresa (I) und Rottach-Egern (D)

ments Vioxx schwere Herz-Kreislauf-Krankheiten davongetragen haben.» Deshalb nahm im September 2004 der Hersteller, die US-Firma Merck & Co., das Medikament «freiwillig» vom Markt. Viele Ärzte verschrieben darum ältere entzündungshemmende Schmerzmittel, «auch wenn sie weniger magenschonend sind» – in der Hoffnung, dass diese millionenfach verordneten Medikamente kein erhöhtes Herzinfarkttrisiko hätten. «Entsprechende Studien waren aber nie durchgeführt worden.» Inzwischen liegen zwei Arbeiten vor (die eine wurde im *British Medical Journal* veröffentlicht): Auch wer ein solches Medikament einnimmt, hat «ein deutlich höheres Infarkttrisiko»¹¹ – in einem Fall sogar bis zu 71%! Dass sich auch noch das Brustkrebsrisiko erhöhen kann, sei nur am Rande erwähnt. Für die Pharmaindustrie sind diese Befunde kein Klacks, denn diese Medikamente gehören zu den meistverordneten überhaupt: «Von Medikamenten auf Basis von Diclofenac oder Ibuprofen werden allein in Deutschland jährlich rund 900 Millionen Tagesdosen verschrieben.»

Das Gesetz des Stärkeren

Diesen Hintergrund muss man sehen, wenn man verstehen will, wie der schweizerische Gesundheitsminister seinen «Ermessensspielraum» genutzt hat. Hätte er nicht wirklich die Komplementärmedizin als nebenwirkungsarm und trotzdem wirksam und zudem viel billiger als die Pharmamedizin adeln sollen, indem er sie in der Grundversicherung belässt? Auch auf die Gefahr hin, dass sie – bei genügender Forschung – sogar einen Teil der Pharmaindustrie überflüssig machen könnte? (Zudem müsste er sich mit gewissen – überbezahlten – Chefärzten und Medizinprofessoren, die um ihre Macht fürchten, anlegen.) Da war ihm allerdings nicht nur sein geliebtes Netzwerk davor. Seine Vorgängerin, Bundesrä-

tin Ruth Dreifuss, hat uns hinterlassen, was passieren kann: «Das Erstaunlichste, das ich erlebt habe, ist ein Treffen des Bundesrates mit den CEOs der Schweizer Weltkonzerne. Die Spitze der Spitze. Es war ein außerordentliches Treffen, einmalig in meinen zehn Bundesratsjahren. Stellen Sie sich vor: Plötzlich hat einer der Herren verlangt, wir sollten das Referendumsrecht abschaffen. Diese Episode schockte mich zutiefst. (...) Das Gesetz des Stärkeren setzt sich wieder vermehrt durch.»¹²

Hand aufs Herz: Das war ja noch harmlos, wenn wir daran denken, dass gewisse Herren schamlos die ganze Welt belügen und so einen Krieg führen können, mit dem sie die eigennützigen Interessen der Internationale der Abzocker durchsetzen.

Boris Bernstein*

*Boris Bernstein arbeitet seit Jahrzehnten bei einem europäischen Printmedium.

- 1 *Süddeutsche Zeitung*, 8.6.2005
- 2 *Sunday Times*, 1.5.2005. *New York Review of Books*, 9.6.2005
- 3 Peter Heusser, Dozent für Anthroposophische Medizin an der Universität Bern und Mitglied des PEK-Lenkungsausschusses, *Tages-Anzeiger*, Zürich, vom 4.6.2005
- 4 «Vom positiven Befund der Experten», *Tages-Anzeiger*, Zürich, vom 4.6.2005
- 5 *Programm Evaluation Komplementärmedizin (PEK)*, Schlussbericht, Bern, 24.4.2005.
www.bag.admin.ch/kv/forschung/d/2005/
- 6 *SonntagsZeitung*, Zürich, 5.6.2005
- 7 «Lobby: Wie der Krankenversicherer Groupe Mutuel das Parlament einsalbt», *Facts* Nr. 21/2005
- 8 Z.B. *Neue Zürcher Zeitung*, 10. und 11./12.6.2005
- 9 www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2003/d_gesch_20031086.htm
- 10 www.bilderberg.org
- 11 *Spiegel Online*, 10.6.2005
- 12 *Facts* Nr. 14/2005

Wir brauchen eine neue Volkswirtschaftslehre als theoretische und zugleich praktische Wissenschaft

Eine Leserzuschrift zu dem in der April-Ausgabe des «Europäer» erschienenen Artikel «Grundideen der Dreigliederung»

In dem besagten Artikel wird der Begriff «Dreigliederung» wie ein Raster über die bestehende Gesellschaftsordnung gestülpt. Der Leser erhält den Eindruck, dass die einzelnen Tätigkeitsgebiete und Institutionen in ihrer heutigen Form und mit ihren heutigen Inhalten unter die einzelnen Glieder Geistesleben, Rechtsleben, Wirt-

schaftsleben subsumiert werden, um schließlich vom Rechtsleben aus alle Probleme durch Gesetze und Reglementierung – «durchgreifend» – zu lösen. Als würden wir nicht heute schon in Gesetzesflut und Reglementierung ersticken. Da kann man zwar völlig abstrakt, gut gemeint davon reden, dass «wir ein System schaffen, das sich in